

Rede von Willy Brandt über die Lage der Nation (Dortmund, 1.-5. Juni 1966)

Legende: Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund analysiert Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, das Konzept des Nationalstaates im Kontext der europäischen Einigung und legt seinen Standpunkt hinsichtlich der bundesdeutschen Außenpolitik dar.

Quelle: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Bonn: Vorstand der SPD, 1966. p. 65-66; 78-85.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_lage_der_nation_dortmund_1_5_juni_1966-de-cec6ebf1-6954-48c5-940c-66bf4f60467e.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt über die Lage der Nation (Dortmund, 1.-5. Juni 1966)

[...]

Man darf es sich jedoch nicht zu einfach machen. Am vielzitierten und oft mißverstandenen Ende der Nachkriegsperiode müssen wir uns ernsthaft die Frage nach dem nationalen Selbstverständnis der Deutschen vorlegen. Auch ohne de Gaulle hätte es diese Frage gegeben, die für uns Deutsche ein Problem ist, während sie für andere Völker etwas Selbstverständliches bedeutet. Ein Blick nach England, in die skandinavischen Länder, auch nach Amerika zeigt, daß Demokratie und Nation kein Widerspruch sind.

Kein Volk kann auf die Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern, wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland. Wir Deutsche dürfen nicht die Geschichte vergessen. Aber wir können auch nicht ständig mit Schuldbekennnissen herumlaufen, die junge Generation noch viel weniger als die ältere.

Auch wenn der Nationalstaat als Organisationsform gewiß nicht das letzte Ziel politischer Ordnung bleibt, die Nation bleibt eine primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie bleibt die Hülle unserer inneren Ordnung wahrscheinlich noch für lange Zeit, selbst im Zeitalter der Großraumverbände. Das innere Gefüge und das Bewußtsein der Nation sind dem europäischen Zusammenschluß gleichgeordnet, ihm nicht einfach untergeordnet. Die Nationen werden in überschaubarer Zukunft ebensowenig verschwinden, wie die Staaten absterben.

Dabei wissen wir — und dies gilt es zu unterscheiden —, daß der Nationalstaat Existenz und Sicherheit eines Volkes nicht mehr allein gewährleisten kann. Übernationale Zusammenschlüsse sind auch zum Wohle der Nation erforderlich, auch zu ihrem Schutz.

Patriotismus zeigt sich nun nicht darin, daß man durch dick und dünn zur jeweiligen Regierung steht, alles für wohlgetan hält, was die Obrigkeit befiehlt, und sich überall und stets als Bejubler der herrschenden Macht betätigt. Der beste Untertan ist bestimmt nicht der beste Patriot. Wir sind Patrioten, wenn wir für eine Demokratie kämpfen, die sich nicht im parlamentarischen Betrieb erschöpft, wenn wir in unserem Land die Freiheit des einzelnen sichern, wenn wir die Demokratie auch im Wirtschaftlichen und im Sozialen durchsetzen helfen.

Wir haben es heute in der Bundesrepublik mit verschiedenen Erlebniswelten zu tun, z. B. so, daß jeder vierte Bundesbürger Heimatvertriebener oder Flüchtling ist. Die Zukunft unserer Demokratie hängt mit davon ab, ob die Integration dieser Bevölkerungsgruppen voll gelingt, ob die Landsleute aus dem Osten wirklich überzeugt sind, daß bei uns gut aufgehoben ist, was sie aus ihrer ostdeutschen Heimat mitgebracht haben und was in ihren Herzen lebt, und daß wir wirklich alles uns Mögliche tun, soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten.

(Beifall.)

Unser Patriotismus versteht sich zugleich als europäische und weltpolitische Verantwortung. Dabei hilft gar kein Wehklagen, wenn andere an erster Stelle ihren und nicht unseren Interessen folgen. Staaten führen nun einmal Politik auf Grund ihrer Interessen, selbst wenn sie diese nicht immer richtig beurteilen. Die Stellung Deutschlands in der Welt hängt nicht von seiner Beliebtheit ab, sondern von seinem Gewicht für die Interessen anderer.

Neu ist, daß wir nicht mehr besondere Erklärungen über unsere Einstellung zur Bundeswehr abgeben müssen. Die Soldaten wissen, wie wir zu ihrem Dienst am Vaterland stehen. Sie wissen auch, wie wichtig uns die demokratische Tradition in Deutschland ist, zu der in besonderer Weise der Widerstand gegen Hitler gehört.

(Beifall.)

Gemessen am Frieden, ist die Nation nicht mehr das höchste aller Güter. Aber gerade weil es in unserer Zeit Klammern gibt, die über die Nationen hinweggreifen, gerade weil die Menschheit für die Zukunft qualifizierte Formen des Zusammenlebens finden muß, wenn sie nicht untergehen will, gerade weil Überheblichkeit und Hochmut einer Nation über andere heute lächerlich sind, gerade weil wir einen Blick haben für die Herausforderungen der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten, gerade weil wir nur in diesen Zusammenhängen eine Rolle und einen Platz für Deutschland sehen, gerade deshalb ist unser Bekenntnis zur Nation keine Gefahr. Diese Einstellung berechtigt uns, eindringlich, verantwortungsbewußt nach dem Selbstbestimmungsrecht zu fragen, uns als Nation zu verwirklichen, unser Selbstverständnis zu finden und damit unseren Beitrag dazu zu leisten, daß Europas Mitte gesundet.

[...]

Es gibt drei vielzitierte Grundsätze der Deutschlandpolitik, die im Kern stimmen. Man muß nur wissen, daß diese Grundsätze noch keine Politik ausmachen und daß sie außerdem nicht überstrapaziert und wirklichkeitsfremd ausgelegt werden dürfen:

Erstens geht es um die völkerrechtlich bestehende und weiterbestehende Viermächteverantwortung für die Lösung der deutschen Frage. Das ist eine wichtige Position, wenn sie nicht nur zu dem Wandschirm wird, hinter dem man eigenes Nichtstun verbirgt oder die gewachsene politische Verantwortung der Deutschen leugnet. Außerdem muß nüchtern gesehen werden, daß in der gegebenen Situation die Sowjetunion keine Neigung zeigt, dieser Verantwortung gerecht zu werden, mit der einzigen Ausnahme dessen, was man dort, also in Moskau, europäische Sicherheitsfragen nennt. Ja, wollen wir doch ehrlich sein: Leider gibt es ja nicht einmal mehr eine wirkliche Übereinstimmung der drei Westmächte, die dann von den vier übrigbleiben. Ich bin heute mittag gefragt worden, was eine Fiktion sei. Nun, ich nenne es eine Fiktion, von diesen relativierten Tatsachen nicht Kenntnis zu nehmen, wenn man von der Viermächteverantwortung spricht.

Zweitens geht es um den Alleinvertretungsanspruch. Daran ist natürlich richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland der Staat ist, in dem die Deutschen frei ihren Willen ausdrücken können und in dem eine Regierung den Staat regiert, die durch den Willen der Bevölkerung legitimiert ist. Daraus ergibt sich nach dem Grundgesetz übrigens mehr noch als ein Recht eine Pflicht, nämlich die, für jene Deutschen zu sprechen, denen es versagt ist, frei ihren Willen zu äußern. Zu überlegen ist, wie dieser berechnete Anspruch den Änderungen der Weltpolitik anzupassen ist. Die Repräsentanten des kommunistischen Deutschland dürfen nämlich auch nicht indirekt bestimmen können, wo die Bundesrepublik Deutschland ihre Flagge einzuholen hat.

(Beifall.)

Der dritte Grundsatz gilt der Nichtanerkennung. Hier ist völlig klar, daß die Bundesrepublik das Regime im anderen Teil Deutschlands nicht als demokratisch und rechtlich legitimiert anerkennen kann. Aber hieraus sollten wir doch wohl nicht das Seil machen oder machen lassen, durch das wir uns selber fesseln. Nicht nur dies: Wir erkennen nicht an, daß der andere Teil Deutschlands Ausland ist. Das gehört nämlich zum Grundsatz der Nichtanerkennung.

(Beifall.)

Wir erkennen nicht an, daß der andere Teil Deutschlands Ausland ist. Innerdeutsche Regelungen sind kein Gegenstand für Politik gegenüber fremden Staaten. Anders würden wir die tatsächliche Spaltung völkerrechtlich zementieren und damit nahezu unheilbar machen.

Ich wiederhole: Die erwähnten Grundsätze stimmen im Kern. Aber sie reichen doch nicht aus, um Politik zu machen. Sie sind kein Ersatz dafür, daß man von ihnen ausgehend eine sinnvolle Politik entwickelt.

Zum Deutschlandgespräch der Parteien in der Bundesrepublik möchte ich sagen: Die Gemeinsamkeit der Grundsätze versteht sich eigentlich von selbst; die Gemeinsamkeit der Politik muß erst noch erarbeitet werden. Hier stehen wir erst am Anfang vom Anfang.

Zur Wahrhaftigkeit gegenüber unserem Volk gehört, daß wir auf diesem Parteitag noch deutlicher als zuvor sagen: Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg.

Diese Frage wird übrigens häufig zu eng und zu einseitig mit der Grenzfrage verbunden. Immerhin zur Grenzfrage: Manche Leute tun so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne „haben“ wir ja nicht einmal das, was zwischen uns und der Oder und Neiße liegt. Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert; einige bekanntlich nicht einmal dadurch. Aber ich füge hinzu: Unsere abgewogenen Erklärungen hatten und haben ihren guten Sinn, und ich will euch sagen, weswegen: Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.

(Beifall.)

Es ist unerträglich, daß wir 21 Jahre nach Kriegsende noch keinen Friedensvertrag haben. Das Aushandeln wird sicherlich Jahre dauern. Aber irgendwann muß doch der Anfang gemacht werden.

Deshalb unsere Forderung nach der Ausarbeitung der Grundelemente einer friedensvertraglichen Regelung. Nur so können wir die Diskussion in der Welt in Gang bringen und positiv beeinflussen. Es geht um unsere eigenen Interessen, aber es geht zugleich um das Sicherheitsbedürfnis in Europa. Der deutsche Beitrag zu einer friedensvertraglichen Regelung ist im besonderen Maße der Beitrag, den unser Volk zum Frieden der Welt leisten kann.

Einiges, was dagegen vorgebracht wird, erinnert an die Haltung Ludendorffs gegen Ende des ersten Weltkrieges. Prinz Max von Baden wollte auf die alliierten Friedensbedingungen eingehen. Ludendorff begründete sein hartes Nein so: Erstens, schlechtere Bedingungen gibt es nicht, und zweitens, soweit sind wir noch nicht. Ich meine, mit solcher Wundergläubigkeit kann unserem Volk nicht geholfen werden.

Ich möchte an ein paar Sätze erinnern dürfen, die ich 1960 in Hannover, 1962 in Köln und 1964 in Karlsruhe gesprochen habe: Wir haben gelernt, daß wir keine Furcht mehr vor dem Kommunismus als Ideologie zu haben brauchen. Wir müssen endlich unsere Passivität überwinden und geistig und politisch stärker auf die Zone einwirken. Wir haben keine Politik der chinesischen Mauer nötig, und Polizeiverordnungen sind kein Ersatz für fehlende Politik. Auch im kommunistisch regierten Teil der Welt steht die Entwicklung nicht still. Ich könnte anderes anfügen, nicht aus Rechthaberei, sondern nur, um vor der Öffentlichkeit darzulegen, daß die Haltung der SPD sich in diesen zurückliegenden Jahren ohne Bruch und kontinuierlich, logisch zu dem entwickelt hat, was wir heute vertreten.

Die Lösung der deutschen Frage ist von so viel außenpolitischen Faktoren abhängig, daß die Deutschen sie nicht allein lösen können. Wie die Lösung gesucht und vorbereitet werden kann, das ist eines der wichtigsten Themen des Bonner Parteiengesprächs. Jedenfalls halte ich es nicht für sinnvoll, geistige Anstrengungen dazu abzuwerten und abzustempeln. Unsere Lage ist nicht so, daß wir uns gestatten dürften, unechte Formeln wie heilige Kühe zu behandeln — unantastbar und unnütz zugleich.

Daß man vor Illusionen auf der Hut sein muß, das kann ich nur unterstreichen. Daß man nicht ohne Not Positionen aufgibt, dafür spricht die Erfahrung des Lebens. Übrigens gibt es auch linke Fiktionen, die der Vernunft im Wege stehen.

Man darf immerhin davon ausgehen, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht in einem Akt, sondern nur im Verlauf eines Prozesses verwirklicht werden kann. Mit den kommunistischen Konföderationsplänen ist niemandem gedient, der die deutsche Einheit in Freiheit will. Etwas ganz anderes ist es, daß ein qualifiziertes, geregeltes und zeitlich begrenztes Nebeneinander der beiden Gebiete ins Auge gefaßt werden könnte, wenn durch internationale Entscheidungen die Weichen gestellt sind und im anderen Teil Deutschlands die freie Meinung sich entfalten kann. Es würde sich um einen Modus vivendi handeln mit der beharrlichen Absicht zu weiteren positiven Lösungen. Dieser Gedanke hat 1949 auf der Pariser

Viermächtekonferenz schon einmal eine Rolle gespielt, ist aber damals von deutscher Seite leider nicht aufgegriffen worden.

Ich glaube, die Erfahrungen haben es auch bisher Zweifelnden bewiesen: Die Sozialdemokratische Partei scheut keine Auseinandersetzung, wo es gilt, die Bundesrepublik zu schützen und das Grundgesetz zu verteidigen. Sie steht vorn, wenn es darum geht, über die Bundesrepublik hinaus für ganz Deutschland zu wirken. Wann immer und in welcher Form immer: Wo es um Deutschland geht, ist die SPD unersetzbar. Niemand kommt an ihr vorbei. Dabei ist sogar untergeordnet, ob sie in der Regierung ist oder nicht.

Es geht jetzt meiner Meinung nach um solche Formen des demokratischen Zusammenwirkens, die den Notwendigkeiten gerecht werden. Konsultationen, Gespräche, Sitzungen reichen dazu nicht aus. Zweierlei ist erforderlich: Erstens muß den gesamtdeutschen Fragen in der Bonner Kabinettsarbeit und Regierungsstruktur der gleiche Rang eingeräumt werden wie der Wirtschaft oder der Sicherheit. Dabei geht es auch um jene „kleinen Schritte“, die wir selbst bei uns tun können und die doch für die deutsche Einheit von Bedeutung sind. Dazu gehören stärkere positive Bemühungen um die Zonenrandgebiete. Dazu gehört unter veränderten Verhältnissen eine konstruktive Politik gegenüber und für Berlin. Dazu gehört auch — ohne den Sport zu politisieren — die Vorbereitung auf ein großes Ereignis wie die Olympiade in München 1972.

Der zweite und eigentliche Gedanke, den ich hier entwickeln will, reicht weiter. Ich meine: Zur Vorbereitung der Lösung der deutschen Frage, zur Vorbereitung der auf diesem Wege notwendigen Schritte, zur Entwicklung einer gemeinsamen Politik der demokratischen Parteien der Bundesrepublik, zur Erhaltung der nationalen Substanz, zur Stärkung der Bindungen und Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, solange die deutsche Teilung besteht, sollte so etwas wie ein Deutscher Rat geschaffen werden. Ihm sollten angehören die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen, der Bundeskanzler mit den Bundesministern für Auswärtige Angelegenheiten und für Gesamtdeutsche Fragen, die Vorsitzenden der entsprechenden Bundestagsausschüsse und ein Vertreter Berlins.

Ich will den Vorschlag nicht zu sehr präzisieren und dem Kind, das nicht geboren ist, auch noch keinen Namen geben. Wie die Dinge in Bonn liegen, ist manche gute Idee schon deswegen gestorben, weil andere sich nicht überwinden konnten, einen Vorschlag zu übernehmen, der von einem Sozialdemokraten kam.

Aber soviel möchte ich sagen: Es bedarf eines permanenten Gremiums. Dieses sollte über alle Fragen beraten und empfehlend beschließen, die ihm von seinen gleichberechtigten Mitgliedern vorgelegt werden und die die Lösung der deutschen Frage und die Erleichterung der Situation betreffen, solange Deutschland geteilt ist.

Es sollte dem Gremium möglich sein, Expertengruppen zu berufen und zu den Arbeiten die Repräsentanten von Gruppen, Vereinigungen und Institutionen hinzuzuziehen, die in besonderem Maße mit der deutschen Frage vertraut und verbunden sind. Erreicht würde ein Gremium, dessen Mitglieder aus gleicher Verantwortung, aus gleichem Recht, losgelöst vom Prestige, unvoreingenommen und offen alle Aspekte der deutschen Frage erörtern können, und zwar in einer geordneten und verpflichtenden Form, ohne die Verfassungsorgane zu beeinträchtigen oder die Kompetenzen der Bundesregierung zu schmälern. Eine solche Form würde den heutigen Notwendigkeiten Rechnung tragen und geeignet sein, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu erarbeiten, die unter Berücksichtigung der sich wandelnden internationalen Lage den Interessen der Nation entspricht.

Dies, wovon ich spreche, ist natürlich keine Konkurrenz zum Kuratorium Unteilbares Deutschland, dessen Wirken wir dankbar anerkennen und dessen Tätigkeit weiterhin darin besteht, den Willen lebendig zu erhalten, zu werben und zu erziehen. Mein Vorschlag enthält die Regierung und soll gemeinsame Politik formen.

(Beifall.)

Es geht uns also um Koordinierung der innerdeutschen Kontakte, Dynamisierung der menschlichen Beziehungen, Integrierung der freiheitlichen Kräfte in Deutschland für Deutschland.

Liebe Freunde, es war die Stärke Kennedys, sich nicht zum Gefangenen der gewaltigen Verteidigungsmittel machen zu lassen, sondern sie politisch einzusetzen, um den Frieden zu gewinnen — das größte Abenteuer unseres Jahrhunderts, wie er es nannte, auch wenn wir es nicht von heute auf morgen und vielleicht überhaupt nicht zu unseren Lebzeiten erreichen.

Ein Land wie Deutschland, das im Falle eines Krieges, auch oder gerade weil gespalten, eine Wüste würde, gleichgültig, nach welchen Gesetzen der Strategie das Inferno ablief, hat kein höheres Ziel, als am Frieden zu arbeiten und dies der Welt aus verschiedenen Gründen glaubhaft zu machen. Einmal, weil es in unser aller Interesse liegt, und zum anderen, weil es nach wie vor eine Angst vor der militärischen Macht eines vereinigten Deutschlands gibt. Wir sollen uns da keinen Illusionen hingeben. Manche Reden, die bei uns gehalten werden — bei uns in Deutschland meine ich, nicht in der SPD —, erwecken den Eindruck, daß wir zuviel an die Verteidigung im Kriegsfall und zuwenig an eine Zukunft in Frieden denken, die es zu gewinnen gilt.

(Lebhafter Beifall.)

Dabei ist es doch so, daß die friedliche und gerechte Zukunft, die wir und alle Völker wollen, nicht von allein kommt. Sie kommt allerdings auch nicht, wenn wir uns vor der Verteidigung drücken, die uns die Entwicklung aufgezwungen hat.

Als wir sagten, unsere außenpolitische Konzeption gehe davon aus, daß auch die Sowjetunion an der Erhaltung des Friedens interessiert sei, wurden wir mit forschenden Zurechtweisungen bedacht. Die Spätzündung Konrad Adenauers über die friedliche Sowjetunion war erstaunlich. Immerhin hat er nicht den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO vorgeschlagen, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß Wachsamkeit am Platz bleibt und daß niemand zu der Fehlkalkulation veranlaßt werden sollte, es wäre risikolos, eine Politik der akuten Bedrohung und der Aggression wiederaufzunehmen.

Aber ich sage: Wer den Ausgleich mit der Sowjetunion und neue Formen der Sicherheitsgarantie anstrebt, der, gerade der darf die NATO nicht aushöhlen und abwerten, sondern muß sie am Leben erhalten und mit neuem politischem Inhalt erfüllen.

(Beifall.)

Entsprechend gilt für unseren Kontinent: Wer das größere Europa anvisiert, der darf, gerade der darf den Prozeß des westeuropäischen Zusammenschlusses nicht erstarren oder verkümmern lassen.

Ein offenes Wort zu Atomwaffen. Der entscheidende Abschreckungsfaktor war und bleibt das strategische Potential der Vereinigten Staaten, das allein dem Präsidenten untersteht. Ein deutsches Interesse besteht in der Frage einer gleichwertigen Beteiligung an der Gesamtplanung der Allianz. Die deutschen Interessen leiden Schaden, wenn der Eindruck entsteht oder schon entstanden ist, die Deutschen drängten nach nuklearen Waffen, die ihnen in Wahrheit niemand geben will. Wir sagen in aller Deutlichkeit: Wir haben keinen nuklearen Ehrgeiz; auch deutscher Mitbesitz an Atomwaffen ist nicht erforderlich.

(Beifall.)

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist auch die Sicherheit Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten. Wenn ein internationales Abkommen über die Nichtweitergabe von atomaren Waffen erreichbar ist, dann darf das nicht an der Bundesrepublik scheitern, sondern sie muß es fördern.

Das Gewicht der Vereinigten Staaten bleibt für die Sicherheit Westeuropas einschließlich der Bundesrepublik von der größten Bedeutung. Wie die Dinge liegen, muß dieses Gewicht in ansehnlicher Präsenz zum Ausdruck kommen. Um diesen Punkt wollen wir nicht herumreden.

Man tritt den Amerikanern jedoch nicht zu nahe, wenn man darauf hinweist, daß Überlegungen zur Verminderung ihres Truppenpotentials in Europa schon lange vor dem jetzigen starken Engagement in Vietnam angestellt wurden. In der letzten Zeit sieht es manchmal so aus, als wäre die Stärke verbündeter Truppen in der Bundesrepublik eine Frage der Zahlungsbilanz und nicht der gemeinsamen Sicherheit. Das ist eine unguete Diskussion.

Ich frage, warum man sich nicht mit den Verbündeten zusammensetzt, um die notwendige Stärke der Truppen im objektiven Interesse der gemeinsamen Sicherheit zu ermitteln. Was das kostet, muß aufgebracht werden, und wir müssen unseren fairen Anteil dazu leisten. Aber sofern die Einschätzung der internationalen Lage und der militärtechnische Fortschritt eine veränderte Truppenzahl gestatten, sollten wir das zur Kenntnis nehmen und uns nicht wie aufgescheuchte Hühner verhalten.

(Beifall.)

Wenn in anderen Ländern überlegt wird, die NATO — deren Krise bekanntlich nicht erst mit de Gaulles Eigenwilligkeiten begonnen hat — zu einem Instrument der Entspannung gegenüber Osteuropa zu entwickeln, so ist das ein interessanter Gedanke. An ihm mitzuwirken, würde uns nicht daran hindern, unsere vertraglichen Verpflichtungen getreu zu erfüllen. Es gibt heute ohnehin keinen Weg nach Deutschland, der an Europa vorbeiführt. Die europäische Sicherheit muß die Länder der NATO und des Warschauer Paktes einschließen und beide Blöcke überwinden. Wenn man sich in Bonn zu schwach fühlt, eine internationale Konferenz in dieser Zusammensetzung, also mit den USA, und mit diesem Thema vorzuschlagen, so sollte man jedenfalls positiv reagieren, wenn ein solcher Vorschlag demnächst von anderen kommt.

Es darf kein Land geben, das uns im Willen zur Entspannung bei Sicherung der Freiheit übertrifft. Das ist eine Politik, die Vertrauen schafft: die Politik des Dreiklangs Friedenssicherung, Entspannung, Lösung der deutschen Frage, nicht eine Politik unrealistischer Vorbedingungen.

Die deutsche Friedensnote war ein Schritt in dieser Richtung. Das Echo aus Osteuropa war differenziert ungerecht.

Aber weder diese Note noch dieses Echo sind mehr als eine der Schwalben, die noch keinen Sommer machen. Die Note der Sowjetunion enthält ungerechte, unangenehme und auch interessante Argumente. Die Möglichkeiten eines weitergehenden Gedankenaustausches sollten wahrgenommen werden. Einer ersten Schwalbe kann einmal ein Sommer folgen.

Unser Verhältnis zu Frankreich scheint sich leider dem Herbst zu nähern. Der französische Staatspräsident muß selbst beurteilen, was für Frankreich möglich und gut ist. Ich halte seine Politik gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber der Allianz nicht nur deswegen für irrig, weil sie ungerechtfertigt schroff ist. Das Gewicht Frankreichs reicht niemals aus, um der Sowjetunion die Bedeutung der Vereinigten Staaten zu ersetzen.

(Sehr richtig!)

De Gaulles osteuropäische Politik eröffnet jedoch Perspektiven, die auch für Deutschland interessant sind. Auf diesem Feld sollten wir seinen Intentionen nachgehen und durch eigene Initiativen tätig werden. Unser Verhältnis zum wichtigsten Nachbarn ist nicht ohne Schuld der Bundesregierung inzwischen so weit abgekühlt, daß der Freundschaftsvertrag, abgesehen vom Jugendaustausch, zu einer leeren, nicht mehr genutzten Hülse geworden ist.

Auch die Begegnungen und Gespräche sind offenbar so hohl geworden, daß man sich nur noch Briefe schreibt, als ob es vor der Moskauer Reise de Gaulles nichts mehr zu reden, zu bereden gegeben hätte. Statt dessen eine Geste ohne jede Bedeutung — wie die früher groß angekündigten Deutschland-Initiativen.

Das gute Verhältnis zur früher geschmähten Labour-Regierung in Großbritannien wird jetzt gerühmt. Aber wenn ich Harold Wilson sage, dann könnte ich auch die sozialdemokratischen Außenminister in Skandinavien nennen, die in Moskau die gleiche Sprache sprechen wie in anderen Hauptstädten.

(Lebhafter Beifall.)

Oder ich könnte den großartigen Mann an der Spitze der Italienischen Republik, den Sozialdemokraten Giuseppe Saragat, nennen, der zu den treuesten Freunden Deutschlands gehört. Er war es, der Ende vergangenen Jahres nicht irgendwo, sondern in Polen, nicht irgendwo in Polen, sondern in Auschwitz — jawohl, in Auschwitz — sagte: „Dies hat nicht das deutsche Volk getan.“ Wir können darauf nur in Demut und mit tiefer Dankbarkeit reagieren.

(Beifall.)

Meine Freunde! Jeder weiß heute, daß die Sozialdemokraten noch einiges mehr für Deutschland einzubringen haben. Jeder weiß, daß unser Wort in der Welt etwas gilt und daß wir die Interessen unseres Volkes und die gemeinsamen Interessen der Völker zu vertreten wissen. Wir sind seit Jahr und Tag für ein Höchstmaß gemeinsamer Bemühungen der demokratischen Parteien. Wir lehnen es ab, daß die Außenpolitik zum Instrument innerpolitischer Auseinandersetzungen gemacht wird. Wir bringen unsere Erfahrung und unser Gewicht ein, um Schaden von unserem Volk abzuwenden. Wir lassen uns im Dienst an Deutschland von niemandem in den Schatten stellen.

Inzwischen ist es so: Jedenfalls seit dem Teststoppabkommen von 1963 konnte deutsche Außenpolitik in größeren Fragen nur noch mit Hilfe der Sozialdemokraten gemacht werden. Was an den Vorhaben des Bundesaußenministers richtig ist, hat er nur mit Unterstützung der SPD durchsetzen können. Die Zerstrittenheit in der Union und in der Koalition gab ihm keine „eigene“ Mehrheit. Es zeigt sich: Die Ratifikation des Atomteststoppabkommens, die Errichtung deutscher Missionen in osteuropäischen Ländern, die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag, die Passierscheinübereinkünfte in Berlin als erstes, wenn auch bescheidenes gesamtdeutsches Ergebnis seit vielen Jahren und jetzt die Konfrontation mit der SED, das alles war nicht gegen die SPD möglich; es war nicht ohne die SPD möglich; es war zu einem wesentlichen Teil nur durch die SPD möglich.

(Beifall.)

[...]